

Bezugspreis: Für den Monat Dezember 1922...

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 8. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bürgerblock gegen Regierung.

Die Beschlüsse des Steueraususses.

„Darüber, daß auch schwerste Opfer der Leistungsfähigen nicht gescheut werden dürfen, ist die Regierung mit diesem hohen Hauße einig.“

Diese Einigkeit ist rasch in die Brüche gegangen. Schon gestern, am 7. Dezember, haben alle bürgerlichen Parteien im Steueraususch gegen den entschiedenen Widerspruch der Regierung und der Sozialdemokratie die Steuerfähe für die großen Einkommen herabgesetzt.

Nach der Regierungsvorlage sollten im Jahre 1923 von Einkommen über 12 Millionen Mark 60 Proz. als Steuer erhoben werden. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien verlangte, daß dieser Höchstfah erst bei 18 Millionen zur Anwendung kommen solle.

Wenn zugleich eine Neuregelung der Abzüge bei der Lohnsteuer entsprechend der Geldentwertung vorgenommen wurde, so war das eine Selbstverständlichkeit. Die Begünstigung der großen Einkommen ist aber keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Ungeheuerlichkeit, zumal angesichts der Tatsache, daß die Höherbesteuerten durch spätere Zahlung bei fortschreitender Geldentwertung ohnehin schon begünstigt sind.

Was der Steueraususch in dieser Beziehung beschloffen hat, das hat die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Die Regierung hatte eine Auseinanderziehung des Tarifs vorgeschlagen, die die Höchstgrenze der Besteuerung bei 7 1/2 Millionen Mark für 1922 und bei 12 Millionen Mark für 1923 anstatt 4 Millionen Mark bisher eintreten ließ.

Abzüge entsprechend der Geldentwertung für sie erst im neuen Jahr wirksam wird, während die Veranlagungspflichtigen, die den größten Teil ihrer Steuern erst noch zahlen, obendrein noch rückwirkende Ermäßigungen erhalten.

Das sind die „schwersten Opfer“, von denen die Regierung Cuno sagte, daß die Leistungsfähigen vor ihnen nicht zurückschrecken dürften.

Und das ist die schöne „Einigkeit“, die in diesem Punkte, dem empfindlichsten von allen, zwischen der Regierung und ihren Regierungsparteien besteht!

Der Steueraususch des Reichstages legte am Donnerstag folgende Einkommensteuerfähe für 1922 fest:

Table with 2 columns: Income level and tax rate. Rows include: für die ersten angefangenen oder vollen 300 000 M. 10 Proz., weiteren 300 000 M. 15, 400 000 M. 20, 500 000 M. 25, 500 000 M. 30, 500 000 M. 35, 1 000 000 M. 40, 1 000 000 M. 45, 1 500 000 M. 50, 1 500 000 M. 55, weitere Beiträge 60.

Abzugsfähig sind: Sterbefassenbeiträge bis zu 2000 M.; Lebensversicherungsbeträge usw. bis zu 16 000 M.; für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau bis zu einem Einkommen von 300 000 Mark je 340 M. und für Kinder 610 M., bei einem Einkommen bis zu einer Million Mark.

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Steuerfähe: Für die erste angefangene oder volle Million Mark 10 Proz., steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen Million um 5 Proz. bis zu 25 Proz.; für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen 30 Proz., steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen 2 Millionen um weitere 5 Proz. bis 40 Proz.; für die weiteren angefangenen oder vollen 3 Millionen 45 Proz., steigend für die weiteren vollen oder angefangenen 3 Millionen Mark um weitere 5 Proz. bis 50 Proz.; für weitere Beträge 60 Proz. Die Sterbefassenbeiträge sind vom 1. Januar ab bis zu 8000 M., die Lebensversicherungsbeträge bis zu 48 000 M. abzugsfähig. Die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau werden auf 2400 M. bei Einkommen bis zu 1 Million und für Kinder auf 12 000 M. bei Einkommen bis zu 2 Millionen vom Steuerfoll heraufgesetzt.

Entscheidende Stunden.

Nur noch ein Tag trennt uns von dem Beginn der Londoner Vorkonferenz, auf der die Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens versuchen wollen, zu einer einheitlichen Auffassung über die Reparationsfrage zu gelangen.

Frankreich. Die Regierung Poincaré ist erschüttert; gelingt es ihr nicht, auf dieser Vorkonferenz ihren Standpunkt durchzusetzen, dann steht sie vor der Alternative, entweder zurückzutreten oder jene Drohungen wahrzunehmen, die in der bekanntem offiziellen Havas-Note nach dem Kriegsrat im Elysée ausgesprochen wurden.

England. Poincarés Forderungen waren das letzte mal an Lord Georges Widerstand gescheitert. Inzwischen ist die Koalition erledigt, Lord George gestürzt und eine absolute konservative Mehrheit regiert jetzt unter Führung Bonar Law.

- 1. Eine Reparationssumme muß festgesetzt werden, die Deutschland in absehbarer Zeit leisten kann, ohne den Handel der Verbündeten zu schädigen.
2. Deutschland braucht unbedingt für eine Reihe von Jahren ein Moratorium.
3. Jemandem Druck, der auf Deutschland auszuüben ist, um die Reparationszahlungen zu erzwingen, muß zwischen den Verbündeten verabredet und ins Werk gesetzt werden, damit der gegenwärtigen Unsicherheit ein Ende gemacht wird.
4. Eine internationale Anleihe für Deutschland ist unmittelbar notwendig, doch ist die Vereinigung der Handelskammern nicht dafür, daß die englische Regierung für die Höhe der Anleihe bürgt.
Sie erklärt ferner die Zurückziehung der militärischen Besetzung aus Deutschland, soweit sie sich mit der Sicherheit vereinbaren läßt, für wünschenswert.

Gegen den Kohlentribut.

Bergarbeiterinternationale und Reparationskommission.

Wie bereits kurz berichtet, wurde eine Delegation der Bergarbeiterinternationale am 29. November von der Reparationskommission empfangen, um entsprechend dem Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Frankfurt auf die Ermäßigung der deutschen Kohlenlieferungsplafht hinzuwirken.

An dem Empfang bei der Reparationskommission nahmen teil die englischen Bergarbeiterführer Herbert P. Smith, Stephen Walsh, W. P. Richardson, Frank Hodges; von Belgien Delardin und Delattre; von Deutschland Hufemann und Simberg; als Uebersetzer Kollege Sage vom „Peuple“ in Brüssel.

Barthou, der Vorsitzende der Reparationskommission, betonte einleitend den nichtamtlichen Charakter der Konferenz. Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden des Internationalen Ausschusses, Smith, trug Hodges die Ansichten des Ausschusses vor. Ueber die vorgelegten Wirkungen der deutschen Kohlenlieferungen auf die Kohlenindustrie der anderen Länder entspann sich eine Debatte, in welche Bradburn, Delacroix, Bemelmans und Bonden eintrifften. Einzelne vom Ausschuh vorgelegte Zahlen wurden angezweifelt, Behauptungen, die von Mitgliedern der Reparationskommission aufgestellt wurden, wurden von den Bergarbeitervertretern ebenfalls beanstandet.

Bergarbeiterorganisationen zu den Untersuchungen über die Kohlenlage zugezogen werden müssen. Barthou war zunächst der Meinung, daß keine neue Institution geschaffen werden könne, die im Friedensvertrag keine Stütze habe.

Am Schluß der zweistündigen Sitzung dankte Smith für den Empfang und wies noch einmal nachdrücklich auf die unhaltbare Lage hin. Er sagte: „Wir haben den Eindruck: Was Deutschland herunterzerrt, zerrt auch uns herunter.“

Der Harden-Prozess.

Zu dem am kommenden Dienstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts III beginnenden Prozeß gegen die Harden-Attentäter ist auf Veranlassung der Verteidigung als sachverständiger Zeuge für die publizistische Bedeutung Hardens der Hauptlehrer des „Berliner Tageblatts“ geladen worden.

Ferner kommt in Betracht, daß die englische Arbeiterpartei im neuen Unterhaus numerisch und geistig außerordentlich erstarbt ist, was natürlich geeignet ist, der Regierung in ihrem Widerstand gegen französische Forderungen den Rücken zu stärken bzw. ihren etwaigen Umschwung bedeutend zu erschweren. Aus diesen verschiedenen Gründen ist es, trotz des inzwischen eingetretenen Regierungswechsels, kaum anzunehmen, daß Poincarés Aussichten auf Erfolg nach der englischen Seite hin diesmal größer sind als im Herbst.

**Belgien.** Für die belgische Regierung ist die Frage der Prioritätsrechte bisher immer ausschlaggebend gewesen. Sie hat es auch durchgesehen, daß einstweilen nur ihr eigenes Land Zahlungen von deutscher Seite erhält, und zwar durch die Diskontierung deutscher Schatzanweisungen, die von der Bank von England gewährleistet wird. An sich hat Belgien also kein Interesse daran, daß Maßnahmen beschloffen werden, die die Abwicklung dieser Operation gefährden. Andererseits hat Belgien seit drei Jahren in allen ähnlichen Fällen die Rolle des Vermittlers zwischen England und Frankreich gespielt und es dürfte sich auch diesmal bemühen, einen Ausgleich herbeizuführen. Jedenfalls hat der belgische Ministerpräsident Theunis als erster energisch den Standpunkt vertreten, daß die Brüsseler Konferenz nur nach vorher erzielter Einigung stattfinden darf, und somit ist er als der geistige Vater des Gedankens der Londoner Vorbesprechung zu bezeichnen.

**Italien.** Nach der italienischen Seite hin haben sich die Chancen Poincarés unzweifelhaft bedeutend gebessert, seitdem der Faschistenführer Mussolini herrscht. Mussolini ist von Natur aus Draufgänger, außerdem seit jeher deutschfeindlich gesinnt, und er hat bereits in Lausanne Poincarés wissen lassen, daß er seinen Standpunkt unterstützen wolle. Der Gedanke, der ihn dabei leitet und den er übrigens offen ausgespricht, ist allerdings der, daß Italien bisher zu wenig Reparationen erhalten habe und daß daher möglichst viel von Deutschland herausgepreßt werden müsse, um den eigenen Anteil zu erhöhen. Er hat sogar zu diesem Zweck versucht, bisher allerdings erfolglos, den im Sommer 1920 in Brüssel und Spa vereinbarten Verteilungsschlüssel zugunsten seines Landes abzuändern. Ein neuer Vorstoß dieser Art ist auf der Londoner Konferenz von seiner Seite zu erwarten, was natürlich das Gesamtproblem komplizieren und auch den Schacher in den Kulissen noch ärger gestalten dürfte. Außerdem dürften Franzosen und Italiener in London gemeinsam versuchen, die Reparationsfrage mit dem Orientproblem zu verquicken, um England müde zu machen.

Dies wäre in kurzen Zügen die voraussichtliche Haltung der beteiligten Ententemächte. Formell liegen die Dinge einstweilen so, daß die Reparationskommission die Entscheidung über die Note der Regierung Wirth vom 13. November zu treffen hat. Es wird nun mitgeteilt, daß bei der Reichsregierung eine Note der Reparationskommission eingetroffen ist, in der ergänzende Auskünfte über die Absichten Deutschlands verlangt werden. Dies dürfte wohl der formale Weg sein, den die Regierung Cuno beschreiten wird, um jene positiven Vorschläge an den Mann zu bringen, von denen in den letzten Tagen in Berlin so viel die Rede gewesen ist. Soweit durch allerhand Indiskretionen bekanntgeworden ist, beabsichtigt die Reichsregierung, eine internationale Anleihe in Verbindung mit einer inneren Anleihe vorzuschlagen, deren Erträge teils den eigenen Bedürfnissen (Stabilisierung der Mark), teils den französischen Reparationsforderungen zugute kämen. Dies dürfte natürlich nur eine provisorische Lösung bedeuten und es steht zu hoffen, daß dieser deutsche Vorschlag, der wohl ohne weiteres auf englische Unterstützung rechnen darf, die Basis eines Kompromisses zwischen den Ententemächten in London bilden wird. Natürlich wird auch hier die Frage der Garantien entscheidend sein, die Deutschland anzubieten vermag, und der am nächsten liegende Gedanke ist der, daß die deutsche Industrie diese Garantien erteilt.

Bisher hatte sich die Industrie von den Opfern gedrückt, die von ihr verlangt wurden. Die Regierung Cuno-

Bedar, die den Industriekreisen so nahe steht, daß man sie beinahe als Fleisch von ihrem Fleisch bezeichnen könnte, wird nun zu zeigen haben, ob sie die Kraft besitzt, bei der Industrie eine aktive, konkrete Beteiligung an der Politik der versuchten Erfüllung durchzusetzen. Daß dies nicht ohne schwere Widerstände innerhalb der beiden Rechtsparteien und der divergierenden Interessentengruppen der Industrie vor sich gehen dürfte, versteht sich von selbst. Wenn aber gerade der schwerindustrielle Stinnes-Flügel, der bisher sowohl die Stabilisierung der Mark wie auch die sogenannte Erfüllungspolitik der früheren Regierung so hartnäckig bekämpft hat, plötzlich auf den Plan tritt, wie es heißt auf der Grundlage eines schwerindustriellen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Deutschland und Frankreich (Bildung eines Montantrusts und dergl.), so haben wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen allen Anlaß, die Entwicklung dieser Dinge mit äußerstem Mißtrauen zu verfolgen. Denn die Verwirklichung solcher Pläne könnte zwar an sich eine Entspannung der außenpolitischen Lage mit sich bringen, allein es kommt darauf an, wer die Kosten dieser Lösung tragen würde: Jede Regelung, die anstatt der Industrie Opfer aufzuerlegen ihr neue materielle Gewinne und weiteren politischen Machtzuwachs verschafft, kann nur auf dem Rücken der Arbeiterklasse erfolgen, obwohl diese bisher immer die Hauptlast der Reparationen getragen hat. Und gegen eine solche Regelung wird sich die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit und mit aller Macht zu wehren wissen.

## Die Sühne für Passau.

Die Reichsregierung will für Bayern zahlen.

Die Reichsregierung ist von der anfänglichen Absicht, die von der Entente geforderte finanzielle Sühne der Städte Passau und Ingolstadt einem internationalen Schiedsgericht in Genf oder in Haag zur Entscheidung zu überweisen, abgegangen. Sie beabsichtigt, jetzt nicht nur die geforderten moralischen „Genugtuungen“ zu geben, sondern auch die finanziellen Forderungen von 1 Million Goldmark zu erledigen. Die Note wird voraussichtlich am Freitag abend abgehandelt.

Die Reichsregierung will damit vor allem die Interessen der Rheinlande wahrnehmen, deren Schicksal durch eine Verweigerung der Genugtuung zunächst bedroht wäre. Soweit wird sie die Billigung aller finden, die nicht auf jeden Fall einen gewaltsamen Zusammenstoß mit der Entente herbeiführen wollen. Aber die Frage ist, ob das Reich auf die Dauer die Provokationen der bayerischen Nationalisten noch nachträglich mit barem Gelde bezahlen soll und vor allem, ob die bayerische Regierung, von der doch direkte Entschuldigung gefordert wurde, diese zu leisten beabsichtigt oder nicht.

## Plünderung und Kommunismus.

Mit allen Übernehmungen der „Roten Fahne“ uns ausführlich zu beschäftigen, hindert uns die Enge des Raums und der Ernst unserer Aufgabe. Wenn man z. B. im kommunistischen Zentralorgan liest, der „Vorwärts“ unterstütze die Pläne von „Poincaré-Stinnes“ zur Ausschöpfung des Proletariats, so geht jeder vernünftige Mensch darüber zur Tagesordnung über. Erstler aber muß es genommen werden, wenn jenes Blatt durch eine zweideutige Haltung beinahe schon zu Plünderungen ermuntert, indem es gegen Behörden hegt, die pflichtgemäß Vorbeugungsmaßnahmen gegen Plünderungstrawalle treffen. Das geschieht z. B. in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ wegen eines Befehls, den der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei im Auftrag des Polizeipräsidenten Richter herausgegeben hat. Der Befehl verlangt nichts anderes als erhöhte Wachsamkeit und Festnahme der Täter im Fall vorkommender Exzesse. An diesem Erlaß könnte eigentlich niemand etwas auszusetzen haben, der nicht selber Plünderungen will.

Daß die „rote Fahne“ Plünderungen will, glauben wir nicht. Ueberall, wo die Kommunisten während der Revolution vorübergehend die Herrschaft erlangten, gaben sie sofort den Befehl heraus: „Plünderer sind zu erschließen“. Im Musterland des Kommunismus, in Rußland, gibt es neuerdings auch wieder glänzende Schaufenster und seit jeher hungierende Massen. Daß aber in Rußland das Eindringen von Schaufenstern und die Wegnahme der ausgestellten Waren erlaubt sei, haben wir noch niemals gehört. Dort werden Plünderer noch ganz anders angefaßt als in Berlin, wo einfach ihre Festnahme angeordnet wird.

Konfusion und Gewissenlosigkeit geben ein explosives Gemisch. Aber damit wird man nicht den Kapitalismus in die Luft sprengen, sondern es werden, wie bisher immer noch bei allen kommunistischen Experimenten, nur arme Proletarier auf der Strecke bleiben. Sonst machen sich ja neuerdings bei den Kommunisten erfreuliche Ansätze zur Vernunft bemerkbar, es ist nur schade, daß man in den Parlamentsfraktionen und im Zentralorgan so gar nichts von ihnen sieht.

## Müller-Bonns Ernennung.

Eine Spritzfabrik als Bindeglied?

In einer Berliner Korrespondenz heißt es über die mißglückte Ernennung des Herrn Dr. Müller-Bonn zum Reichsernährungsminister: Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat Dr. Müller dem Reichskanzler für diesen wichtigen Posten empfohlen, und zwar auf die Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Busch. Herr Busch hatte noch vor zirka drei Jahren an der Schaffung eines besonderen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durch Abzweigung der in Frage kommenden Materien vom Reichswirtschaftsministerium, sowie an der Befetzung des neuen Reichsernährungsministeriums mit Dr. Hermes tatkräftig mitgewirkt. Die naheliegende Frage, welche Interessen bei der Berufung des Dr. Müller-Bonn mitgespielt haben, dürfte also dahin zu beantworten sein, daß rein sachliche oder sachliche Motive für seine Ernennung zum Reichsminister wohl kaum ausschlaggebend gewesen sind. Von Interesse dürfte es hierbei sein zu erfahren, daß die Fäden zwischen Herrn Busch und Herrn Dr. Müller auch geschäftlicher Natur zu sein scheinen. Beide Herren gehören zu den Begründern der „Rheinischen Preßhe- und Spritzwerke A.-G.“ in Köln, die die Mannheimer Spritzwerke, eine mit 11 Millionen Mark erfolgte staatliche Gründung der Kriegszeit, Ende April 1921 für 8 Millionen Mark übernahm. Von diesem Kapital brachte Reichstagsabgeordneter Busch, früher Postsekretär, dann Staatssekretär im Preussischen Landwirtschaftsministerium, die Summe von 1 600 000 Mark in diese Aktiengesellschaft ein, und Dr. Müller, der nicht mit Kapital beteiligt ist, fungiert bei dieser der Reichsmonopolverwaltung unterstehenden Gesellschaft als Mitglied des Aufsichtsrates.

## Die eingezogene Spritze.

Der Schlußsatz des Leipziger Urteils gegen die beiden Scheidemann-Aktenäter wird von den meisten Lesern mit heiterem Kopfschütteln aufgenommen worden sein: „Die zur Tat benutzte Spritze wird eingezogen.“ Mag sein, daß das Strafgesetzbuch den Richtern vorschreibt, daß sie im Urteil über einen Mordanschlag auch über das Schicksal des Mordinstruments verfügen, für den Laien ist die Beschlagnahme eine Selbstverständlichkeit, deren besondere Erwähnung unmittelbar nach den Sachausstrafen auf ihn etwas lächerlich wirken muß. Dem Ernst der Angelegenheit wird jedenfalls dadurch ebensowenig geteilt, wie der Würde des Gerichtshofes.

Wenn es aber schon nicht anders ging, als die Spritze im Urteil zu erwähnen, so glauben wir, daß es viel zurechnungsvoller gewesen wäre und erzieherischer gewirkt hätte, wenn der Staatsgerichtshof folgendes bestimmt hätte:

„Die zur Tat benutzte Spritze wird als Ehrengeschenk dem Herrn Paul Waeder, Mitglied des Preussischen Landtages und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, zur dauernden Erinnerung an seinen Artikel „Das Aktenat mit der Rüstingspritze“ überlassen.“

## Dollarfluch.

Von Erna Büsing.

Vor dem Weltkriege führte die kleine Hafenstadt ihr arbeitsreiches Dasein bei ausreichenden Einkommensmöglichkeiten. Man handelte, aber man raffte nicht, man sah die Angehörigen fast aller Nationen, die man als Gäste willkommen hieß, man hatte weder Ausplünderungsabsichten noch die Sucht, sich vor ihnen zu beugen. Schwer rang man mit den Elementen. Jedes Stückchen Bauland zwang man dem Wasser ab und man mußte hoch in die Luft bauen, da man an Raum so begrenzt war und die Ausdehnungsmöglichkeiten für Hafengelände bereithielt. Tacitus beschrieb diesen Erdstrich als das schwimmende Land, und Nanfen bewunderte die hohen Bauten auf dem dem Meere abgerungenen Boden. Die Bevölkerung arbeitete und lebte, gewohnt, alles schwer zu erkämpfen, gewohnt, mit den Schätzen der ganzen Welt zu handeln, ohne sie auf ihre Besucherfähigkeit hin zu untersuchen. Wie sollte man auch! Eine Ware kostete in Tokio ungefähr daselbe wie in Berlin. Die deutsche Mark galt in Peking und in London, und Amerika rechnete nach Dollar, doch das regte niemanden sonderlich auf.

Dann kam der Krieg, und die kleine Hafenstadt starb. Sie wurde zur Totenstadt in des Wortes vollster Bedeutung. Im Hafen lagen, das rote Kreuz weithin sichtbar, etliche Lazaretttschiffe, Stahltrawalle hielten Vorkostenboote wie spärende Hunde an der Kette, und die Laternen waren blau verstrichen wegen Fliegergefahr. Die Wirtschaft, die Schnellplättereien, die Ledererzeugnisse usw. schlossen, denn es kamen ja keine Fremden mehr. Wir haben zu eigenem Gedächtnis nötig, dieses Bild langem die jalousieverbundenen Schaufenstereugen der kleinen Hafenstadt.

Gleich nach dem Kriege kamen Amerikaner und mit ihnen Lebensmitteltransporte. Die hatte man mit Jagen und Bangen, mit Bier und Heißhunger erwartet. Aber auch das Hinterland harrierte auf diesen Ernährungszuschuß. Und bis an die Zähne bewaffnete Mannschaften bewachten die Transporte, und die Speckfisten wurden mit ausgeplänktem Gewehr begleitet, wie das sonst bei Schwerverbrechern und Färslichkeiten üblich war. Die Amerikaner hatten Speck und die Bewohner der Hafenstadt Hunger. Da wachte in ihnen der Handelsgeist auf, aber sie hatten keine Gegenwerte zu bieten. Indessen einige Amerikaner schwärmten für Kriegsanleihen, und es wurde das Eisene Kreuz zur gangbaren Münze. Sie kamen, die in den Lazaretten halb verhungerten Einarmigen und Einbeinigen und tauschten ein, das Eisene Kreuz für eine Seite Speck und ein Stückchen Toilettenseife, denn die Kriegseise trieb Sand in die Poren und Schrammen ins Gesicht.

Bald erschienen die ersten Dollars. Man wunderte sich, daß sie so hoch standen und daß man so viel für sie bekam. Doch beachteten tat man das gerade nicht.

Hernach aber lehte das Ramschen ein. Sie kamen in Massen,

die Bewohner des Dollarlandes; dort vielleicht Hungerleider, hier Reiche, die sagen können: „Was kost' die Stadt?“ Wahlos kauften sie, Papageienbauer und Gummikroger, Zahnbürsten und deutsche Schäferhunde. Es war ja alles so billig, so billig für sie.

Die Schiffsahrt kam wieder in Betrieb. Ehemalige deutsche Schiffe fuhren unter fremden Namen. Da lebte ein ganz eigenartiger, nämlich der vom Dollar inspirierte Geschäftsgestalt in der Stadt auf. Der Stand des Dollars wurde das ausschlaggebende Wertverhältnis für alle Dinge. Für das Lieberachten nahm man einen Dollar, für eine Auto- oder Wagenfahrt griff man eine z-bellebige Zahl heraus und hing recht viele Nullen daran. Man lebte von den Fremden und für die Fremden. Die Anstößigen wurden von vielen sogenannten Geschäftsleuten und namentlich von den Hausbesitzern scheinbar angelesen. Warum beanspruchten die Eingeborenen auch Wohnungen? Wie schön könnte man die als Fremdenpensionen gebrauchen! So machten die geschäftstüchtigen Deutschen selbst die kleine Hafenstadt zur Kolonie des Dollars.

Inzwischen entwickelte sich ein regelrechter Valutaerzehr, der etwas ganz besonderes zu bedeuten hat und gigantische Formen annahm. Ist ein Dampfer als einkommend gemeldet, dann hat das Telegraphenamt erhöhten Ansprüchen gerecht zu werden. In alle Winde gehen die Telegramme und beordern die Dämchen, die mit ihrem Weibchen Geschäft zu machen verstehen, in die kleine Hafenstadt. Der Mann wird dort nicht nach seinem Leuten betrachtet, sondern nur nach dem Inhalt seiner Brieftasche. Hat er nur ein paar Dollar, dann braucht er sich nicht zu waschen und nicht zu kämmen, dann kann er im schmierigen, blödsinnigen Anzug im Theater in der Fremdenloge sitzen und hat die herausgeputzte Schöne mit schwarzem Spitzenabendskleid, heißen Florstrümpfen und nachgezogenen Augenbrauen neben sich. Einige Restaurants haben im Schaufenster ein Plakat: „Hier wird kein Valutaerzehr gebudelt.“ Dort sitzen, am ungedeckten Tisch, bei herabgeminderter Beleuchtung, die Eingeborenen, angefüllt zu einem Drittel vom Zelljammern, zum zweiten Drittel von fälscher Entrüstung und zum dritten Drittel von dem nagenden Gedanken, was man sich alles leisten könnte, wenn man nur einen einzigen lumpigen Dollar hätte.

Witunter schafft sich die angesammelte Empörung etwas gewaltsam Luft. Da sieht man beispielsweise morgens auf einem Straßenlaternenpfahl einen hohleleganten Damenhut thronen und darunter ein Plakat mit der Aufschrift: „Hier wurde ein Valutamädchen verhaue. Um Nachahmung wird gebeten.“

Der Dollarfluch frißt sich tief hinein in die kleine Hafenstadt. Er erschüttert die Wirtschafts- und Lebensgrundlagen der Masse und des einzelnen. Hört man doch auf die Frage „Wie geht's Ihrer Tochter?“ mütterliche Aussprüche, wie: „O, früher arbeitete sie bei den Fischen, da langte es nie, aber, das hätte sie man schon eher tun sollen, nun geht's ihr gut, jetzt ist sie nämlich bei der Valuta!“

## Warum Scott umkam.

Die feinerzeit erschienenen Tagebücher des unglücklichen Südpolarforschers Kapitän Scott werden jetzt durch ein Buch ergänzt, das einer der Teilnehmer an der so tragisch verlaufenen Expedition, Apsley Cherry-Garrard, unter dem Titel „Die schlimmste Fahrt, die je gemacht wurde“ in London hat erscheinen lassen. Die Tagebücher enthalten vor allem eine ergreifende Schilderung des heroischen Streifzuges, den Cherry-Garrard in Begleitung seiner später umgekommenen Genossen Bowers und Wilson nach den Brutstätten der Kaiser-Pinguine im tiefen antarktischen Winter unternahm. Was es tatsächlich bedeutete, fünf Wochen lang, oft in pechschwarzer Finsternis und stets ohne eigentliches Tageslicht, ein Terrain zu überschreiten, das sich nur mit den von Spalten zerfissenen Gletschern der Schweiz vergleichen läßt, dazu Temperaturen, die öfter bis auf 75 Grad Kälte herabgingen, wird erst aus den Schilderungen des Verfassers klar. Sie wirken um so tiefer, als Cherry-Garrard seine Empfindungen nicht beschönigt und die Stunden, die die tapferen Männer dem Verzagen nahe waren, nicht mit Stillschweigen übergeht.

Der Verfasser spricht sich auch ganz leidenschaftlos und sehr entschieden über die Gründe aus, die Scotts Mißerfolge herbeiführten, während Amundsen sein Ziel erreichte. Nach Cherry-Garrards Meinung ist es Scott einzig deshalb nicht gelungen, heimzukehren, weil die Lebensmittelvorräte der Expedition unzureichend waren. Erschöpfung aus Nahrungsmangel war die Ursache des Unterliegens in dem verzweifelten Kampf mit dem Tod. Sie hatte zuerst den Zusammenbruch von Coons, dann den von Bates zur Folge und hielt die Teilnehmer solange auf, daß sie ohne Rettungsmöglichkeit dem furchtbaren „Blizzard“ (Schneesturm) zum Opfer fielen.

Fesselnde Bilder entwirft das Buch von der Tier- und Pflanzenwelt verschiedener Gebiete, die die Expedition berührte. So schildert es podend die Scharen von Landkrabben, die die Insel Südt-Prinzipal bevölkern, auf der die Expedition landete. Die Tiere machen einen gespenstigen Eindruck. Von jedem Stein aus, aus jeder Ritze schauen sie den Menschen an. Ihre stieren Totenaugen folgen jedem seiner Schritte, als wollten sie sagen: „Fällt du erst nieder, so besorgen wir das übrige.“ In der Tat wäre es Selbstmord, sich an irgendeiner Stelle der Insel zum Schlaf niederzuliegen. Die Krabben, von denen behauptet wird, daß sie sich auf Friedhöfen zu den Leichen durchhagen, verkrachten sogar, während wir aufrecht standen, unsere Stiefel anzufassen, während sie uns dabei in einestfort starr anstarrten. Sie sind gelb und rot, nächst den Spinnen das ekelhafteste Gezücht auf Gottes Erdboden.“

Von Scott selbst gibt Cherry-Garrard eine sehr anglebende Schilderung. Der Mann, der in seinem Vaterland als ein Held verehrt wird, tritt dem Leser auch hier als Mensch nahe. Sein Mut kontrastiert mit seiner menschlichen Zurückhaltung und Scheu und mit einer Weichheit, die ihn leicht bis zu Tränen gerührt sein ließ. Auch physisch war Scott nicht sehr stark; er war sogar in seiner Jugend ein schwächliches Kind, dem man keine lange Lebensdauer voraussetzte.

## Zum Leipziger Attentatsprozess.

### Eine Erklärung Scheidemanns.

Genosse Scheidemann schreibt uns: Heute erst habe ich einige Berichte über den Leipziger Prozess überfliegen können. Es liegt mir natürlich vollkommen fern, der Presse Richtigerstellungen zugehen zu lassen. Ich möchte aber bitten, mich nur verantwortlich zu machen für das, was ich in Leipzig tatsächlich gesagt habe, nicht aber dafür, was über meine Ausführungen berichtet wird. Die wenigen politischen Ausführungen machte ich an Hand meines Buches („Der Zusammenbruch“). Andere politische Angaben machte ich auf Grund früherer gerichtlicher Feststellungen und beideter Zeugenaussagen.

## Die Verschwendung der Besatzungsarmee.

### Protest im Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde zunächst der Gesetzentwurf zur Änderung des Lichtspielgesetzes in allen drei Lesungen verabschiedet. Durch ihn wird die in dem Gesetz vorhandene Lücke der Erziehung der Vorlegung eines Lichtspielgesetzes zu erneuter Prüfung an die Oberprüfstelle ausgefüllt. Mit dem Gesetzentwurf findet eine Entschärfung des Bildungsausschusses Aufnahme, in der die Reichsregierung um die beschleunigte Vorlegung eines neuen Lichtspielgesetzes ersucht wird, das verschärfte Waffen gegen Schund und Schmutz bietet.

Der Gesetzentwurf über die Änderung des Postgesetzes wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Durch ihn werden die Bestimmungen über den Ersatz verlorengegangener Postsendungen den veränderten Verhältnissen angepaßt.

Darauf legt das Haus die zweite Lesung des 7. Nachtragsetats beim Haushalt des Reichspostministeriums fort. Dazu liegen zwei Entschärfungen des Ausschusses vor, die ein einfacheres und billigeres Frankierungssystem bei den Behörden beschreiben und die Ueberweisung von überzähligen Ministerialamtsträgern an andere Ministerien empfehlen.

Abg. Bark (Komm.) bringt eine Reihe von Fällen zur Sprache, in denen Postbeamte trotz ihrer reaktionären Haltung und trotz der Beschimpfung der Republik und ihrer Träger nicht bestraft worden sind. Solche Beamten sollten dahin befördert werden, wohin sie gehören. Die Bevorzugung der Streikbrecher muß aufhören. Die Reduzierung der Zahl der höheren Beamten sollte der erste Schritt zur Reform der Postverwaltung sein. Statt dessen entläßt man eher Unterbeamte, Aushelfer und sogar die Witwen von Kriegsteilnehmern.

Darauf wird der Nachtragsetat mit den beiden Entschärfungen des Ausschusses angenommen.

Beim Nachtragsetat für das Reichsfinanzministerium teilt Abg. Erling mit, daß bei diesem Haushalt keine Streichungen vorgenommen werden konnten, sondern sogar neue Stellen bewilligt werden mußten, weil durch die Ansprüche der Besatzungsstruppen der Reichsvermögensverwaltung eine solche Fülle von Arbeit erwachse, daß die vorhandenen Beamten nicht mehr ausreichen. Unter stürmischen Entrüstungsrufen des ganzen Hauses weist der Berichterstatter auf die schon mitgeteilten übertriebenen Ansprüche der Besatzungsstruppen hin. Während das deutsche Volk nicht einmal für seine Kranken und Kinder genug sorgen kann, müssen Wein-, Seil- und Lössgräber, Teppiche und Damenschreibstühle in unendlicher Menge für die Offiziere der Entente geliefert werden. Diese wohnwichtige Verschwendung sei mit Schuld daran, daß für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs nicht genug gesehen könne. Deutschland appelliere an die ganze Welt, diesem Wahnsinn baldigst ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Der Nachtragsetat wird bewilligt. Darauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr. (Interpellation der Deutschnationalen wegen der Maßnahmen der tschechischen Regierung bezüglich der Milch- und Butterversorgung, kleinere Vorlagen, Nachtragsetats.)

### Die Verdoppelung der Postgebühren.

Der Postgebührenausschuss des Reichstags stimmte am Donnerstag den neuen Post- und Telegraphengebühren, die im wesentlichen eine Verdoppelung erfahren, zu. Pressegramme werden nur um die Hälfte ermäßigt und der Teuerungszuschlag zu den Fernspreckgebühren auf 2000 Proz. erhöht. Angenommen wurden Entschärfungen zur Vereinfachung der Organisation des Postbetriebes, zur Erleichterung von Anmeldungen für Pressegespräche und auf künftige Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen.

### Schauspielerstreik und Volksbühne.

Von der Streikleitung der Bühnengewerkschaft geht uns folgende Erklärung zu: Mit Bedauern und Erschütterung nehmen die streikenden Schauspieler davon Kenntnis, daß die beiden Berliner Volksbühnen durch den Zustand schwer in ihrer Existenz bedroht sind. Die Schauspieler haben als gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in den Tagen ihres von ihnen nicht gewollten, nur aus der Not geführten Lohnkampfes diese Not der Kunststätten für das werktätige Volk stets vor Augen gehabt und niemals vergessen.

Die Streikleitung erklärt, daß sie nach wie vor gewillt ist, den Schauspielern die Arbeit an beiden Berliner Volksbühnen zu gestatten. Das Theater am Bülowplatz und das Neue Volkstheater könnten sofort unter den gleichen Bedingungen weiterspielen wie die bisher nicht geschlossenen Theater. Die Volksbühne müßte nur prinzipiell die Forderungen der ausländischen Schauspieler anerkennen. Bei einem späteren Termin der Einigung mit allen Berliner Theatern könnten dann die beiden Volksbühnen mit den Schauspielern in Sonderverhandlungen eintreten, die zu Sonderabmachungen führen und der besonderen künstlerischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lage der Volksbühne Rechnung tragen würden.

Die streikenden Schauspieler der Volksbühne legen aber Wert darauf, vor dem Vorstand oder nach besser vor der Vollversammlung der Volksbühnenmitglieder ihre Sache persönlich zu vertreten. Sie sind fest überzeugt, daß damit die in Arbeits- und Auslandsnähen wohl erfahrenen Mitglieder der Volksbühnen das Recht ihrer arbeitenden Kunstkollegen anerkennen und mit ihrer nachdrücklichen Hilfe unterstützen werden.

Das Standbild Wilhelms I., das jetzt den Kuppelraum der Reichstags-Wandelhalle verunziert, soll an einen anderen Platz geschafft werden. Der Ausschuss für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes hat dafür in Aussicht genommen: entweder die sogenannte „Waldhof-Halle“, d. h. die Halle bei Portal 1, in der das Standbild des Erbauers des Reichstagsgebäudes steht, oder die Halle bei Portal 2, in der das Denkmal den Abschluß der Denkmäler der alten deutschen Kaiser bilden würde.

Der Ausschuss, der für die Ausschmückung des Reichstags Sorge trägt, läßt besser, dieses Standbild gänzlich zu beseitigen. Nicht weil es sich um den alten Wilhelm handelt, sondern weil die künstlerisch wertlose Plastik dem Gebäude an keiner Stelle zum Schmuck dienen kann.

Die Freie Vereinigung deutscher Künstler hat eine Kunstausstellung im Charlottenburger Rathaus veranstaltet, die bis zum 20. täglich 10-4 Uhr geöffnet ist.

Die Galerie Dr. Gottschmidt, Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 36a, bringt im Dezember eine Kollektiv-Ausstellung von Paul Klee, die ältere und neue Gemälde, Aquarelle und Graphik vereint.

Erinnerungen, Briefe und Dokumente 1877-1916 des Generalobersten v. Woltke erschienen im Stuttgarter Verlag Der kommende Tag. Das Buch soll namentlich wichtige Mitteilungen über den Kriegsausbruch enthalten, und zwar in Aufzeichnungen, die ursprünglich nur für die Gattin Woltkes bestimmt waren.

## Reparationsdebatte im Ausschuss.

Nach der Rede des Reichsfinanzministers hielt zunächst Helfferich die übliche Rede, in der er gegen die Politik der Erfüllung polemisierte und diese Politik die Schuld an allem Leid gab. Er verlangte, daß weder Sach- noch Geldleistungen neu versprochen werden. So sei die Pflicht der Regierung, mit der Politik des Fortwärtens endlich zu brechen. Ihm erwiderte Genosse Hermann Müller, der darauf hinwies, daß die sofortige Geldentwertung erst seit Juli datiert und zeitlich mit der Ermordung Rathenaus zusammenfiel. Wie würde die deutsche Wälua heute stehen, wenn im Jahre 1921 das Ruhrgebiet besetzt worden wäre, fragte er Herrn Helfferich. Die deutschen Arbeiter wüßten die Kosten der Politik der versuchten Vertragserfüllung einzuschätzen. Sie forderten vor allem dringend Marktstabilisierung. Die Politik der Regierung auf Grundlage der Note vom 13. November sei besonders im Interesse der besetzten Gebiete notwendig. Die Sozialdemokratie würde die Regierung in ihrer Reparationspolitik nur so lange unterstützen, als sie auf dem Boden der Note vom 13. November bliebe und versuche, die Mark zu stabilisieren.

Die Abgg. Rießer (D. Sp.) und Gothein (Dem.) erklärten, daß das Reich weiter weder Sach- noch Geldleistungen tragen könne.

## Die Zwangsanleihe im Reichsrat.

Der Reichsrat hielt gestern Abend eine öffentliche Sitzung ab. — Angenommen wurde eine Novelle zu dem Gesetz über das Verfahren in Verpfändungsachen. Dabei handelt es sich um eine Vermehrung der Hilfsrichterstellen, die durch Vermehrung der Hilfsenate bedingt ist. Bis zum 31. Dezember 1926 hofft man mit der Durchführung des Reichsverpfändungsgesetzes so weit zu sein, daß dann die Senate wieder abgebaut werden können. Ferner werden in der Novelle Erleichterungen für die vorzeitige Auszahlung der Gebühren getroffen und die Ordnungsstrafen etwas erhöht.

Angenommen wurde eine Novelle zum Weingesez, worin dem Verlangen Frankreichs und Portugals entsprochen wird, daß auf Grund des Brüsseler Vertrages eine genaue Bezeichnung französischer und portugiesischer Weine stattfindet. — Der Gesetzentwurf, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats Zuschläge zur Kraftfahrzeugsteuer zu erheben, wurde angenommen. Der Tarif dieser Steuer soll der Geldentwertung angepaßt werden.

Der Reichsrat beschloß auf Grund der Beratungen seiner Ausschüsse Änderungen des Gesetzes über die Zwangsanleihe, wie folgt: Um das Zwangsanleihegesetz der Geldentwertung anzupassen, mußte zunächst eine Änderung des § 1 eintreten, worin das Ergebnis auf 70 Milliarden Mark limitiert war. Diese Grenze wird aufgehoben. Der § 2, der Erleichterungen für die Vorauszahlung und Zuschläge für eine spätere Bezahlung vorsah, wird folgendermaßen abgeändert: „Für die in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 2. Februar 1923 gezeichnete Anleihe soll der Zeichnungspreis 100 vom Nennwert betragen. Soweit bis dahin nicht gezeichnet ist, erhöht sich der Zeichnungspreis für jeden angefangenen, dem Monat Februar 1923 folgenden Monat, um 10 Prozent des Nennwerts.“ Die Freigrenzen sind dadurch verdoppelt worden. Jetzt sind zu zeichnen von den ersten 200 000 Mark des Vermögens 1 Prozent, weiter steigend bis zu 10 Prozent. Geändert wurde auch § 24 hinsichtlich der Bewertung der Wertpapiere nach dem Börsenkurs. Bisher wurde für die Zwangsanleihe und für die Vermögenssteuer der Kurs errechnet nach dem Durchschnitt der Kurse am Ende der ersten Hälfte der vorangegangenen drei letzten Jahre; es sollten also die Kurse vom Juni der Jahre 1921 und 1922 zu einem Drittel eingesetzt werden. Nunmehr wurde noch ein weiteres Vergleichsmoment eingefügt, nämlich der Kurs vom 3. Oktober 1922 soll zum Durchschnittskurs der drei Jahre hinzugezogen und davon die Hälfte als Kurswert dieser Wertpapiere in Ansatz gebracht werden.

Das Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurde dahin abgeändert, daß das Mindestkapital auf 500 000 Mark, die Mindeststammkapital auf 10 000 Mark und die Mindesteinzahlung als Vorauszahlung für die Eintragung auf 5000 Mark festgesetzt wurde.

## Die Not der Gemeinden.

### Städtetag und Reichstag.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Städtetages hatte sich erboten, in inoffizieller Sitzung dem 11. Ausschuss des Reichstages seine Wünsche bezüglich der Gestaltung des Landessteuergesetzes, des künftigen „Finanzausgleichsgesetzes“ vorzutragen.

Was der Oberbürgermeister der Stadt Berlin hier vortrug, muß auf weniger eingeweihte Kreise geradezu katastrophale Wirkung ausüben. Wöhl führte ungefähr folgendes aus:

Das Reichsberücksichtige nur in bescheidenem Maße die Finanzlage der Gemeinden. Eine durchgreifende Besserung, wie sie bei der augenblicklichen Lage überhaupt möglich erscheint, wäre nur zu erwarten, wenn ersens kein Abbau der Einkommensteuer, sondern im Gegenteil die Erhebung kommunaler Zuschläge hierzu durch Gesetz beschlossen würde, zweitens die Umsatzsteuer eine Erhöhung erfähre und auch der gemeindliche Anteil hinaufgesetzt würde und drittens die Besetzungszuschüsse des Reiches an die Gemeinden erheblich erhöht würden. Das Finanzelend, besonders der Großstädte und der schnell aufgeschlossenen Industriegebiete müßte alle größeren kulturellen, sanitären und hygienischen Aufgaben zurückstellen. Die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden sei zweitens, eine ausgedehnte Einzelkontrolle erfordere einen Riesenbeamtenapparat. Die

Gemeindefinanzen sind längst am Ende angelangt. Die Gemeinden müssen zum guten Teil ihre laufenden Ausgaben aus den zurückbehaltenen Reichsteuern bestreiten. Wer Gelegenheit nehmen wolle, sich von dem geradezu ungläublichen Elend zu überzeugen, der möge einmal die seelische und leibliche Not der unteren Volksklassen in den öffentlichen Speiseanstalten Berlins und anderer Großstädte persönlich in Augenschein nehmen oder möge auch die unendlich vielen, durch Unterernährung heruntergekommenen Gestalten bei Arbeitslosenschulung der großen Industrieabslimmungen betrachten. Das Bild vor der AEG, in der Listerstraße sei dasselbe, wie bei den Farbwerken in Höchst oder Industriefabriken anderorts. Jede Hilfsaktion für die Winderbemittelten müßte an den Finanzen scheitern, Abbau von Fortbildungsschulen, Entlassung von Junglehrern, Angestellten, Arbeitern usw. bei den verschiedensten städtischen Betrieben sei unumgänglich, hygienische und sanitäre Einrichtungen müßten fallen. Andererseits beginne das Arbeitslosentum bedenklich zu steigen.

In Berlin sind es in wenigen Wochen bereits 50 000 geworden. Hunderte von Bauten sind allein in Berlin klügelig, für Notstandsarbeiten mangelt es an den geringsten Mitteln. Volksoberleitung und Regierung möchten nicht die letzte Warnung unbeachtet lassen, sonst erscheine eine gewalttätige Explosion in den nächsten Wintermonaten unvermeidlich.

Wenn auch keine Statistik am Hunger buchstäblich zugrundegegangenener möglich sei, so ist doch deren Zahl unendlich größer, als allgemein angenommen wird. Viele von den Inansen der Irrenanstalten seien infolge der Hungerpsychose dorthin gelangt. Die Gemeindefinanzen durch Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern aufzubehalten, sei nicht durchgreifend. Große Teile des gewerblichen Mittelstandes seien bereits über Gebühr belastet, eine Erhöhung der Grundsteuer würde rezess auf die Mieter abgewälzt.

Wöhl forderte zum Schluß feher mit einem Unterton gegen die Linke gepoliten Rede in bezug auf die Umsatzsteuer, man möge so schnell als irgend möglich den Gemeinden Geld und Geldquellen eröffnen, um eine Katastrophe im kommenden Winter hintanzujagen.

Diese Ausführungen wurden in bezug auf Belastung der Gemeindefinanzen durch Sozialrentner-, Kleinrentner- und Armenunterstützungsempfänger noch von Oberbürgermeister Wöhlaff und Bogt-Frankfurt ergänzt. Wöhlaff machte den unhaltbaren Vorschlag, der Reichstag möge die Umsatzsteuer von 2 Proz. auf 2½ Proz. erhöhen und außerdem den Gemeinden ein Zuschlagsrecht von mindestens ½ Proz. einräumen.

## Erhöhte Sätze für Wochenbeihilfe.

Einem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entsprechend, erhöhte der Sozialpolitische Ausschuss die Sätze für die Familien-, Wochenhilfe und Wochenfürsorge wie folgt: Pauschalbetrag bei Erstattung des Wertes der freien Arztbehandlung 4000 M., Pauschalbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden 2000 M., Wochengeld 50 M., Stützgeld 120 M. Der Gesamtaufwand des Reiches erhöht sich dadurch auf 6272 Milliarden Mark. Die Zulagen in der Unfallversicherung wurden in der Weise erhöht, daß die Versicherungsgrenze auf 1 200 000 M. heraufgesetzt wird. Die Drittstufengrenze erhöht sich auf 280 000 M., das Sterbegeld auf 30 000 M.

## Türkei gegen Ausländer-Sonderrechte.

Die Beratung der Kapitulationen in der dazu eingesetzten Unterkommission der Lausanner Konferenz hat gestern die erwartete Klärung nicht gebracht, obwohl man auch die Vertreter Spaniens, Dänemarks, Hollands, Norwegens und Schwedens hinzuzug. Alle diese Staaten stellten mit den Alliierten und gegen den Protest der Türkei die Forderung auf, daß das neue System den Ausländern die gleichen Rechte bringen müsse, wie das frühere System der Kapitulationen. Auf die Frage, wie sich die Türkei dazu stelle, erklärte der türkische Delegierte sich bereit, den Fremden alle möglichen Erleichterungen zu gewähren unter der Bedingung, daß diese Erleichterungen mit den türkischen Gesetzen und Verordnungen, die noch eventuell eingeführt würden, übereinstimmen. Diese Erklärung befriedigte natürlich nicht, da sie die Sonderrechte der Ausländer beseitigen will und die Türken vorläufig nicht daran denken, nachzugeben.

Reichswehr und Republik. Der Kommandeur des Reichswehreinanterieregiments 18, Graf v. Stillfried, Paderborn, ist wegen der in seinem Regiment vorgekommenen antirepublikanischen Vorgänge verabschiedet worden.

Die neue spanische Regierung. Marquis de Alhucemas hat ein liberales Ministerium gebildet. In ihm übernimmt Alba das auswärtige, Herzog Almodovar das innere, Graf Romanones die Justiz, Alcalá Zamora das Kriegsministerium, Saloatella den Unterricht und Gasset die öffentlichen Arbeiten.

## Wirtschaft

### Die Auslandskäufe am Grundstücks- und Aktienmarkt.

Eine eigenartige Entwicklung zeigt gegenwärtig der Grundstücksmarkt. Durch die Zwangsmieten und die Preise der Grundstücke niedrig gehalten. Mit dem neuen Mietengesetz trat eine lebhaftere Bewegung aufwärts ein und ein Verkauf von Grundstücken in einem Umfang, der überraschen muß. Man behauptet, vom Ausland werden Reichshäuser aufgekauft. Das wird zutreffen. Bei einem Dollarstand von 8000 kauft der Ausländer ein dreimillionen-Dollar für ungefähr 250 Dollar. Und dennoch wird er für dieses Geld keine Verzinsung erlangen, denn die Mieten sind für einen solchen Kaufpreis viel zu niedrig. Der Ausländer und auch mancher Käufer im Inland wird also mit einer baldigen weiteren Lockerung der Zwangswirtschaft rechnen. Nur dann wäre ein Geschäft zu machen. Den großen Ärger, daß die Ausländer den städtischen Grundbesitz aufkaufen, sollte man nicht allzu tragisch nehmen. Wir brauchen nun einmal ausländisches Kapital, und im übrigen können die Ausländer Grundbesitz und Häuser nicht nach dem Ausland ausführen. Wir sollten uns nur hüten, die Wohnungszwangswirtschaft weiter zu lockern; im Gegenteil, es muß für die Instandhaltung der Häuser ein Betrag aus der Miete sichergestellt und die Rechte der Mieter erweitert werden. Dann kann der Aufkauf der Grundstücke durch die Ausländer keinen Schaden anrichten.

Auch im Effektenmarkt sollen die Ausländer ebenfalls umfangreiche Käufe vornehmen; der Anreiz dazu liegt im Stand des Dollars und englischen Pfunds; deutsche Aktien werden trotz des hohen Kursstandes billig aufgekauft. Dieser Vorgang ist bedenklicher, da wir immer mehr nach dem Ausland verschulden. Aber es liegt nahe zu fragen, ob nicht durch diesen starken Verkauf deutscher Werte unsere Zahlungsbilanz eine beträchtliche Erleichterung erfähre, daß ganz automatisch eine Besserung der Mark eintreten müßte. Da davon nirgend etwas zu spüren ist, muß man annehmen, daß das fremde Kapital in deutschem Besitz festgehalten wird und nicht in den Verkehr kommt. Die fremden Zahlungsmittel werden gehamert. Würde nun das Reichswirtschaftsministerium die Devisenverordnung aufheben, so würde der Weg freigemacht für ein ganz unkontrollierbares Aufkaufen von Devisen und für das weitere Einbringen fremder Zahlungsmittel in den inländischen Verkehr. Die Folge müßte sein, daß der Zustrom zum Devisenmarkt abermals zunimmt und weiter die Mark geworfen wird.

1790fache Zölle. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 19. Dezember beträgt das Goldzollaufgeld 178 900 v. H.

Die Bekämpfung der Devisenspekulation in Jugoslawien. Der jugoslawische Finanzminister hat eine neuerliche Verordnung erlassen, in der wiederholt das Verbot ausgesprochen wird, daß die Banken im Auslandene Dinar verkaufen. Die Verordnung stellt in Aussicht, daß nicht nur die gegen das Verbot sich vergebenden Banken bestraft werden, sondern auch die Direktoren und Beamten werden persönlich zur Rechenschaft gezogen.

Ford in Triest. Der amerikanische Automobilfabrikant Ford hat im Freihafen von Triest ein Magazin gemietet und in eine Werkstatt umgewandelt, wo in Amerika hergestellte Einzelteile zu Automobilen und Maschinen zusammengestellt werden. Ford will auf diese Weise nicht nur den italienischen Markt, sondern den ganzen europäischen Markt seinen Fabriken erschließen.

Die Verpachtung von Staatsbetrieben in Sowjetrußland. Nach einer Zusammenstellung des Obersten Volkswirtschaftsrates waren in Sowjetrußland, ohne die kaukasischen Republiken, von den zur Verpachtung bestimmten 7113 Betrieben (ohne Mühlen) bis zum 1. November 3847 mit 67 917 Arbeitern verpachtet, die meisten davon in den Großstädten. Davon entfielen auf die Nahrungsmittelindustrie 981 Betriebe mit 8830 Arbeitern, die Lederindustrie 591 mit 7683, die Metallindustrie 376 mit 8648, Holzverarbeitungsindustrie 336 mit 5040, Chemische Industrie 343 mit 4116, Textilindustrie 186 mit 13 600, Tonindustrie 237 Betriebe mit 2844 Arbeitern usw. Von den verpachteten Betrieben sind im Jahre 1921 nur 1167 in Betrieb gewesen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 Öster. Kronen, abgest., 11,28 Geld, 11,28 Brief; 1 ungarische Krone 3,45 Geld, 3,47 Brief; 1 bulgarischer Lewa 59,35 Geld, 60,15 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 106,73 Geld, 107,27 Brief. — 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 46,50 M.



Deutschnationaler Kathausradau.

Eine Attacke auf die Betriebsräte.

Die gestrige Stadtoberordnetenversammlung begann ruhig und endete kühl.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen ordentlichen Sitzung, die vornehmlich der Erledigung von Magistratsvorlagen gewidmet sein sollte, wurde zuerst eine Anfrage der DVP wegen Einrichtung einer

Ausgabestelle für billiges Brennmaterial

in den westlichen Bezirken durch Stadtbaurat Herten dahin beantwortet, daß in den letzten Tagen solche Stellen errichtet worden sind.

Von den unerledigten Magistratsvorlagen hatte diejenige wegen

Einführung einer Altersgrenze

den Vortritt. Gen. Hatau referierte. Der Ausschuh hat die Vorlage mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

In der Aussprache erklärte Dehlfleiss, daß die Deutschnationalen an der grundsätzlichen Ablehnung festhalten. Stadträte und Bezirksamtsmitglieder will er von der Altersgrenze nicht ausgeschlossen wissen.

Die sehr debattierten Ausschuhvor schläge des Ausschusses für die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten über die

Einschränkung der Rettungswachen

erläuterte Gen. Dr. Wepl. Der Ausschuh hat der Schließung der Wachen in der Holzmarkt- und in der Gaudystraße zugestimmt.

Stadtrat Busch gab bekannt, daß der Magistrat auf dem Boden der Ausschuhvor schläge, über die Befolungsfrage werde man sich verständigen. Die

Rettungswachen verlangten 76 Millionen Mark Zuschuh.

Das verträge sich mit der jetzigen Finanzmiere nicht. — Stadtmagistralat Rabnow demontierte seinerseits mit allem Nachdruck die erwähnten Pressenachrichten; die Befolungsfrage solle aufs genaueste in der zuständigen Deputation geprüft werden.

Unterstützung noleidender Kleinentner

in Beratung und verabschiedete sie fast ohne Erörterung. Die Vorlage wegen Neuregelung des Zuschusses an Privatvereine, welche Kindergärten, Horten und Krippen unterhalten

Koch (Dnal.) hatte hierauf den Antrag seiner Freunde zu bekräftigen, der vor fast einem Jahr, am 3. Januar, gestellt, den Magistrat aufforderte, seine Verfügung aufzuheben, die den Betriebsräten, Angestelltenausschüssen und Beamtenausschüssen

tobenden Cürmyzenen zwischen Deutschnationalen und Kommunisten

lam. Herr Koch behauptete, die Erfahrungen dieser 11 Monate hätten den Deutschnationalen recht gegeben. Die Verhandlungen

seien geheim, Indiskretionen seien seitens dieser unberufenen Teilnehmer begangen worden. Betriebsratsmitglieder hätten sich unverschämter Äußerungen gegen Deputationsmitglieder schuldig gemacht.

Ein Kauriger Fund.

Ermordung eines Schuhmacherlehrlings.

Mit einem geheimnisvollen Todesfall, durch den ein blühendes Menschenleben vernichtet worden ist und dem aller Wahrscheinlichkeit nach ein Verbrechen zugrunde liegt, beschäftigt sich die hiesige Kriminalpolizei.

In der Nacht zum Donnerstag um 11 Uhr 30 Minuten wurde auf der Straße Hermsdorf-Wittenau kurz vor der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof Wittenau von einem Eisenbahnbeamten ein junger Mann zwischen den Schienen tot aufgefunden.

Rundgebung für das Rheinland.

Der Reichsoberband der Rheinländer hatte am gestrigen Abend zu einer Rundgebung im Reichstage für das bedrückte Rheinland geladen. Redner des Abends waren Genosse Rudolf Biffell für die Freien Gewerkschaften und die Herren Wiedler für die Christlichen Gewerkschaften, Dr. Ing. Sorge für die Industrie, Dr. Krone-Münzbrod für die Landwirtschaft, Dr. Herrmann und der Bizepräsident des Reichstages Geheimrat Dr. Nieher für das Handwerk und den Mittelstand.

Genosse Biffell führte etwa folgendes aus: Es war im Jahre 1918, als der Präsident Wilson seine bekannten 14 Punkte aufstellte. Die deutsche Arbeitnehmerschaft billigte vollkommen diese Punkte, wurde aber schwer und bitter enttäuscht, als

Die Welt ohne Sünde. Der Roman einer Minute von Dick Baum.

„Wer nicht arbeitet, bekommt nichts zu essen“, sagte Lorenz neben ihm gutmütig und gab seiner Hacke einen ermunternden Stoß.

Das Dröhnen der Schläge füllte lange Zeit sein Hirn, daß er nichts anderes wußte. Dann holte Lorenz ihn zum Frühstück. Sie setzten sich auf eine erhöhte Stelle des Gesteins, zogen die Füße aus dem schwarzen Schlamm an sich ins Trockene und holten das Brot hervor, das jedem in der Gemeinschaftsküche vor der Einfahrt eingehändigt wurde.

ein Husten an seiner schmalen Gestalt; er krümmte sich zusammen und preßte die Hände an die Lippen, aus denen ein wenig Blut schlüpfte. Noch bevor Lorenz zugreifen konnte, zwang der Stumme seine eiserne Wasserflasche dem Knaben an den Mund.

die Arbeit. Schwung, Hieb; Schwung, Hieb. Schweiß über allen Gliedern. Ruh in den Augen, Staub in der Kehle, Kohlendunst ums Gehirn wie einen Keil. Schmerz der Glieder, Hunger, Müde sein, unsägliches zerbrechendes Müde sein.

(Fortsetzung folgt.)

die Waffenstillstandsbedingungen und der Friedensvertrag von Versailles bekannt wurden. Dieser Bruch des feierlichen Versprechens des Präsidenten Wilson steht einzig in der Weltgeschichte da. Ohne lange zu fragen, trennte man Millionen Deutsche vom Reich ab. Und Millionen werden der wütenden Deutschen sozialen Gesetzbestimmungen ferngehalten, weil es den französischen Machthabern nicht paßt. Im Augenblick ist man dabei, die Rechte der deutschen Staatsbürger im Rheinlande noch mehr zu beschränken. Von französischer Seite wird mit der Ruhrbesetzung und der Annexion des Rheinlandes gedroht. Millionen Deutsche sollen recht- und schuldlos gemacht werden. Das ist das Ziel. Die deutsche Arbeiterchaft erhebt dagegen flammenden Protest. Die deutschen Arbeiter waren es, die den Ruf erhoben: „Nie wieder Krieg!“ Sie haben sich als die stärksten Träger des demokratischen Gedankens erwiesen und sind gewillt, sich voll und ganz an dem Wiederaufbau zu beteiligen. Erfolgt die Besetzung des Ruhrgebietes, so ist das deutsche Wirtschaftsleben der Zerstörung preisgegeben. Die Lebenslage der deutschen Arbeiter und überhaupt der weitesten Bevölkerungskreise ist dann auf das tiefste Niveau herabgedrückt und wird einer chronischen Hungersnot gleichen. Mit der Frankenkampagne verfuhr man im besetzten Gebiet Köder auszuwerfen. Aber die Rheinländer wissen, was das bedeutet, und sie werden darauf nicht hereinfallen. Die deutsche Arbeiterchaft drückt deshalb in diesen schweren Tagen ihren Arbeitskollegen und -brüdern im besetzten Gebiet ihre wärmste Sympathie aus. Sie ist überzeugt, daß die Bedrängten im Kampfe um das Recht nie ermüden werden. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Am Schlusse der Kundgebung nahmen die Versammelten eine Entschlüsselung an, in der sie ihre Treue zu den bedrängten Volksgenossen warm und entschieden zum Ausdruck brachten.

**Ottwig v. Hirschfeld als Zeuge.**

Der frühere Fahnenjunker Ottwig v. Hirschfeld, der durch sein Attentat auf Erzberger bekannt geworden ist, mußte gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg als Zeuge erscheinen. Die Veranlassung dazu bot eine Verhandlung, die sich gegen seine eigene Mutter wegen Diebstahls richtete. Frau v. Hirschfeld verkehrte bei einer Frau Hansen. Dieser waren wiederholt wertvolle Gegenstände abhandelt gekommen, und der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Frau v. Hirschfeld. Eine Hausdurchsuchung, die in der Wohnung der Verdächtigten abgehalten wurde, förderte zwar die vermissten Gegenstände nicht zutage, es wurden aber eine Schirmhülle und eine Serviettentasche gefunden. Die Bestohlene, Frau Hansen, erklärte, daß diese Serviettentasche bestimmt ihr Eigentum sei, denn eine Freundin habe sie gestiftet und werde bestimmt bekunden können, daß es ihr, Frau Hansen, Eigentum sei. Von Rechtsanwältin Bahn war als Gegenzeuge der Sohn der Angeklagten, Ottwig v. Hirschfeld, geladen worden. In seiner Vernehmung kam es jedoch nicht, da das Gericht die Vernehmung beschloß, um zu dem neuen Termin Frau Hansen als Zeugin zu laden.

**Zum dritten Male gegen die Nation.**

Die Mattenbekämpfung, die jetzt erneut zum dritten Male in Groß-Berlin stattfindet, ist nicht allein, wie man vielfach anzunehmen scheint, eine Angelegenheit der Wirte, sondern auch eine persönliche der Hausbewohner selber, weil die Matten tatsächlich im Besitz ist. Den Verkäufern ihre letzten Wintervorräte an Kartoffeln, Rüben usw., die sie in Kellern und Lauben eingelagert haben, aufzufressen. Deshalb muß die gesamte Bevölkerung an der Durchführung des Feldzuges gegen die Uniere mitwirken. Wie schädlich die Ratte ist, geht daraus hervor, daß sie in einem einzigen Jahr 5-6 mal je 8-15 Junge wirft, die wiederum nach vier Monaten geschlechtsreif sind und sich in derselben Weise fortpflanzen. Eine einzige Ratte kann in einem Jahr bis zu 500 Nachkommen haben und im folgenden Jahre an die 25.000. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat man den Schaden, den die Ratte anrichtet, auf zwei Dollar pro Tier und pro Jahr berechnet und da man glaubt, dort mit etwa 100 Millionen Ratten rechnen zu müssen, so ist der Schaden, den die Volkswirtschaft erleidet, nach unserem Papiergeld berechnet, ganz unermesslich. Der Ver-

**Das Jungbrunnen-Gewinn**

7. Dezember.

Der heutige Tag ist noch völlig mit Wäsche ausgefüllt. Es war ein riesiges Stück Arbeit. Jetzt aber bin ich zufrieden, daß die Wäsche auf dem Trockenboden hängt. Ich mußte sehr früh aufstehen. Es macht keine Freude, in der zugigen Wäsche zu arbeiten, der zu allem Unglück eine Scherbe im Bodenfenster steht. Die Kinder waren sich heute den ganzen Tag allein überlassen. Als ich nachmittags herunterkam, hatten sie sich wieder einmal geprügelt. Das ist aber nicht so schlimm, denn sie vertragen sich ja bald wieder. Der Große mußte heute einholen. Er besorgte:

1/2 Liter Milch	90 M.
1 Brot	280
1/2 Pfund Leber	450
1 Stück Waischseife	180
zusammen 998 M.	

Dabei passierte dem Jungen, der sonst so zuverlässig ist, ein kleines Mißgeschick. Ich hatte ihm 1000 M. mitgegeben und er hätte mir 44 M. wiederbringen müssen. Er brachte aber zu meinem Entsaunen 144 M. Ich hätte das Geld ja gut behalten können, aber ich will meinen Kindern kein schlechtes Beispiel geben. So mußte er wieder umkehren und in den Geschäften nachfragen, wo man sich verrechnet hatte. Er brauchte nicht weit zu laufen. Im Milchladen war schon der Irrtum bemerkt worden. Das Mittagessen dürfte einschließlich Fett, Feuer und Kartoffeln etwa 600 M. kosten. Zum Abend gibt es heute Stulle und Suppe und den Rest der Kartoffeln vom Mittagessen.

nichtungsmittel gibt es verschiedene. Ein gut bewährtes Mittel ist die Phosphorsäure oder Phosphorsäure, die auf Brotstübe dann aufgetragen wird. Das Auslegen muß so erfolgen, daß Haustiere nicht herantönnen. Auch die Meerzwiebel hat sich bewährt. Will man ihre Präparate auslegen, so muß man sich alte Handschuhe überziehen, weil der Saft der Meerzwiebel ein starkes Brennen und Jucken verursacht. Arsenik und Strychnin sind wegen ihrer starken Giftigkeit nur mit größter Vorsicht auszuliegen. Haustiere und Vögel halte man in den Tagen der Auslegung von den Räumen fern. Nur durch strenge Beachtung aller von den Behörden angeordneten Maßnahmen ist eine Abnahme der Rattenplage zu erwarten. Die Mietervertretungen tun deshalb gut, nicht nur die Ausführungen der behördlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Rattenplage zu überwachen, sondern nach Kräften tätig mitzuhelfen.

**Das Brot wird schon wieder teurer.**

In einer großen Versammlung der Groß-Berliner Bäckermeister wurde gestern von dem Sachverständigen beim Berliner Ernährungsamt Obermeister Gräber mitgeteilt, daß in spätestens vier Wochen eine sehr bedeutende Preiserhöhung des Mehls bevorsteht, und zwar, wie verlautet, auf 100.000 M. für den Doppelzentner, der heute 45.000 bis 50.000 M. kostet. Aus diesem Grunde würde auch das Brot ab 1. Januar neuerdings ganz erheblich teurer werden. Die Bäckermeister schließen die Schuld auf die hohen Frachten, die Gefellenlöhne, die Umsatzsteuer und die Reichsgeldvermehrung, so daß nach ihrer Meinung das Bäckergewerbe nicht der brotverteuernde Faktor sei.

**Die erste Probefahrt auf der Nord-Südbahn**

wird voraussichtlich Ende nächster Woche von der Seestraße bis zur Gneisenaustraße stattfinden. Der Innenausbau der Nord-Südbahn hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Am Halleschen Tor wird an der Uebergangsbauverbindung vom Untere Grundbahnhof auf dem Welle-Aliane-Platz zum Hochbahnhof Hallesches Tor gearbeitet.

**Tumult bei den Boxkämpfen im Sportpalast.**

Im Sportpalast kam es gestern abend um 10 Uhr, gelegentlich des Boxkampfes Wagner-Duisburg und Guiseppe Spalla-Italien, zu einem Tumult, wie ihn Berlin seit langem nicht erlebt hat. Die Ursache war, daß Wagner nach dreimaliger Verwarnung in der vierten Runde disqualifiziert wurde, so daß der Kampf abgebrochen werden mußte. Im Augenblick, als dieses dem Publikum mitgeteilt wurde, erhob sich ein ohrenbetäubendes Pfeifen und Loben, das durch kein Mittel gemildert werden konnte. Die Kämpfer mußten den Ring verlassen, während ein Teil des Publikums sich in immer wilderen Kundgebungen giefel. Der Tumult dauerte etwa zwanzig Minuten, und als man den letzten Kampf Naujoks gegen Hönsherli, stattfinden ließ, dauerte der Tumult noch weiter an. Es wurden auf die Kämpfer saure Äpfel und die unmöglichsten Gegenstände herabgeschleudert. Die Polizei war völlig machtlos und konnte nur zu einer langsamen Räumung des Saales tun. Es dauerte jedoch fast eine Stunde, bis der Sportpalast sich gänzlich geleert hatte.

Der Raubmord an der Köstlerin Bergmann in Liebenwalde. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III stand zur Verhandlung wegen Mordes und schweren Raubes der Hausdiener Wilhelm Schmidt aus Berlin. Das Urteil gegen Schmidt lautete wegen Weibliche zum Totschlag, schweren Diebstahls bzw. schweren Raubes auf 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Unterschlagungen bei der Lebensversicherung Deutscher Lehrer fanden vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gestern ihre Sühne. Der Buchhalter Georg Bahr hatte Unterschlagungen im Gesamtbetrag von 368.000 M. begangen, die sich bis auf das Jahr 1910 zurückführen lassen. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Ein Ausnahmefall für Weihnachtsbäume führt die Reichsbahn für die Zeit vom 7. bis 31. Dezember 1922 ein, durch den die Fracht zu den Sähen und Bestimmungen der Klasse E statt C berechnet wird. Dies entspricht einem Frachtnachlass von rund 30 Proz. Um so unermesslicher ist die Preistreiberie auf dem Weihnachtsmarkt, der von den Aufsichtsbehörden mit aller Energie ein Regel vorgeschoben werden sollte. Im vorigen Jahre war daselbe Treiben festzustellen, ohne daß eine merkliche Abhilfe geschaffen wurde.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr Sitzung des kleinen Ausschusses im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2. R., Zimmer 8. Anwesenheit aller ist dringend erforderlich. Anfolge des Scheiterns der Schauspieler kann die Aufführung des „Anatol“ von Schiller am Sonntag, den 10. d. M., nicht stattfinden. Wenn die Vorstellung nachgeholt wird, wird rechtzeitig im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Die Vortragreihe des Genossen Dr. Treitel: „Einführung in den Dienst des Schöpfen“ ist beendet.

Flugzeugkatastrophe in England. Nach einer Reuter-Meldung aus Newport News (England) fanden bei einem Zusammenstoß zweier Flugzeuge zwei Offiziere und vier Soldaten den Tod.

**Lebensmittelpreise des Tages.**

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft etwas lebhafter. Fische knapp, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 380-520 M., ohne Knochen 500-615 M.	Schweinefleisch 375-450 M.	Kalbsteckfleisch 375-400 M.	Hammelfleisch 350-420 M.
Rückkontett 1400-1500 M.	Schellfisch 190-245 M.	Kabellau 200-275 M.	Rotzungen 210-280 M.
Grüne Keringe 285-300 M.	In Eis: Schleie 360-400 M.	Hechte 350-385 M.	Lebende Karpfen 375-425 M.
Schleie 400-490 M.	Naturbutter 1500-1625 M.	Margarine 1000-1100 M.	Schweineohmalz 1450-1500 M.
Kartoffeln 68-78 M.	10 Pfund Weißkohl 15-18 M.	Wirsingkohl 22-26 M.	Grünkohl 20-23 M.
Spinat 50 bis 60 M.	Mohrrüben 11-14 M.	Kohlrüben 12-14 M.	Rotkohl 32 bis 36 M.
Zitronen 40-50 M. das Stück.	Zwiebeln 20-25 M.	Kochäpfel 18-22 M.	Kochbirnen 20-30 M.

WOLFFENBUTTEL

**BATSCHARI** bringt handgemachte **CIGARETTEN** in höchster Vollendung.

Wollen Sie einen Anzug oder Schlüpfer kaufen? so beschließen Sie vor anderem Kauf meine Broschüre! - In direkter Weise auf Kredit! Das Neueste in jeder s. Cutaway-Anzüge Ulster Schlüpfer Gummimäntel Damen-Konfektion Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen **A. DAMITT** Rosenhaldenstr. 16-17.

gen. gesch. **Allen voran** beim Einkauf von Brillanten, Platin Gold- u. Silber-Bruch Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen, Bestecken die renommierte Firma **Juwelier H. Wiese** Artilleriestraße 30 3 Min. vom Bf. Friedrichstraße u. Passauer Str. 12 (alte Augsburger Straße) 3 Minuten v. Wittenbergpl.-Zoo Tel.: Norden 1.50.

**Weihnachts-Angebote**

Wir bringen in dieser Woche große Posten Herren-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, Ulster, Lodenmäntel, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Winterjoppen etc. gut verarbeitet, u. a. vollständiger Ersatz für Maß bis 50 Prozent unter heutigem Anschaffungspreis zum Verkauf.

Eine Beispiele unserer Preiswürdigkeit, nur soweit Vorrat:

Prima Strapazier-Anzug	auf Wolf- und Baumwoll-Serge, von Mk.	16950 an
Herren-Anzüge	1- und 2reihig, blau usw., von Mk.	19500 an
Herren-Paletots	auf Wolf-Serge und Samtkragen, große Größen, von Mk.	12500 an

Anzahlungen zur späteren Abholung gestattet.

**Mengenabgabe vorbehalten. KLAPEKO** kein Verkauf an Händler. die gute Herrenbekleidung

Alexanderstr. 39-40, Passage am Alexanderplatz, Aufgang A I. Etage, gegenüber dem Polizeipräsidium  
Kottbuser Damm 73, am Hohenstaufenplatz, Nähe Hermannplatz  
Frankfurter Allee 7, neben Tietz

!!! In allen Gegenden ist mein !!! grosser Erfolg bekannt !!!

**Brillanten**

Für größere Steine 1800 000 Mark und darüber.

**Gold-, Silber-, Platin-, Double-Bruchstücke** zum höchsten Börsenkurs.

Zahngebisse 325 000 M. und darüber; auch einzelne Zähne. Uhren 1 000 000 M. und darüber.

**Münzen-Sammlungen** zu enormen Ankaufspreisen.

Mein seit vielen Jahren bestrenommiertes offenes Ein- und Verkaufsgeschäft gibt Ihnen die volle Garantie, streng reell u. fachmännisch bedient zu werden, daher verkaufen Sie Ihre Werte

nur **Juwelen-Geschäft** Gartenstr. 105-106 zwisch. Invaliden- u. Eisbäder Str. 3 Minuten vom Stettiner Bahnhof. Telefon Norden 457.

**Alter Weinbrand** **Sandauer & Machell** Heilbronn. **Likör der Dominikaner**

Vertreter: Karl Kest, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Str. 26. Fernsprecher: Amt Plötz Nr. 3409.



